

uniterre

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

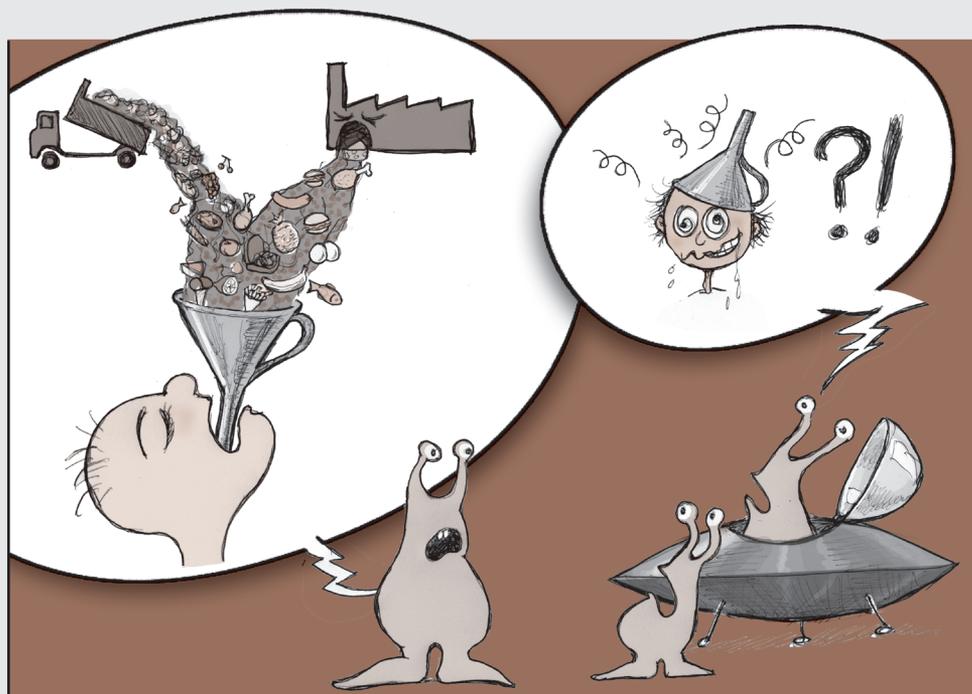
Unsere Ernährungssysteme gehören uns

Vor einigen Jahren hat Olivier de Schutter, UNO-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung gesagt, ein Hauptgrund für die gegenwärtige Lebensmittelknappheit sei die fehlende Demokratie in unseren Ernährungssystemen. Man müsse in den Dörfern und Städten, bei den Bürgerinnen und Bürgern beginnen, bessere Systeme zu gründen, welche die Macht weg von den Konzernen zurück zu den Völkern bringt.

In jüngster Zeit fanden zwei Veranstaltungen statt, von denen wir uns inspirieren lassen können :

Mitte Oktober fand in Den Haag das Monsanto Tribunal statt (Artikel in dieser Ausgabe). Zahlreiche Opfer aus der ganzen Welt konnten in den Zeugenstand treten und erzählen, welche Schäden aus den Aktivitäten von Monsanto entstanden sind. Berufsrichter haben diese Aussagen zur Kenntnis genommen und werden Anfang Dezember ein Urteil fällen. Das Tribunal hat aber noch ein zweites, hochgestecktes Ziel: Es soll erreichen, dass die internationalen Instanzen den Ökozid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkennen. Damit könnte jedes Unternehmen, das schwere Umweltschäden bewirkt, strafrechtlich verfolgt werden. Diese Entwicklung muss im Auge behalten werden.

Ende Oktober hat in Cluj, Rumänien, das zweite europäische Forum für Ernährungssouveränität stattgefunden – ein weiterer Ausdruck der partizipativen Demokratie. Über 700 Delegierte aus ganz Europa, aus dem hintersten Ecken Sibiriens, aus Irland, Spanien oder Norwegen und auch aus der Schweiz haben sich zu einem fünftägigen Treffen eingefunden, um über ihre Erfahrungen, ihre Befürchtungen und ihre Hoffnungen zu sprechen. Mit vor Ort waren auch Dolmetscher (9 Sprachen) und freiwillige Köche, deren Mahlzeiten aus regionalen Produkten einen idealen, geselligen Rahmen boten.



Besuche auf rumänischen Bauernhöfen und kulturelle Veranstaltungen haben das Treffen bereichert. Das Themenspektrum war breit, es ging vom Recht auf natürliche Ressourcen und Gemeingüter, über Produktionsmodelle und den fairen Konsum, über die Verteilung von Nahrungsmitteln und Arbeitsbedingungen bis hin zur Marginalisierung. Aus den Diskussionen sind viele konkrete Projekte entstanden (in der nächsten Ausgabe).

Uniterre hat ihre Volksinitiative für Ernährungssouveränität vorgestellt. Sie traf auf viel Zustimmung und wurde als Option für andere Länder in Betracht gezogen. Die Delegation aus Italien hat einen Gesetzesentwurf für bäuerliche Landwirtschaft vorgestellt, der derzeit im italienischen Parlament behandelt wird. Es soll dieser Art der Landwirtschaft ein wenig Luft

verschaffen und ihren Beitrag zum Erhalt einer lebendigen Sozialstruktur anerkennen.

Mit nur wenig finanziellen Mitteln hat die Zivilgesellschaft gezeigt, dass sie in der Lage ist, Grossereignisse zu organisieren und die Debatte über Landwirtschaft und Ernährung richtungweisend zu beeinflussen. Auf unserem Kontinenten gibt es eine starke Bewegung für eine andere Landwirtschaft und eine bessere Ernährung. Ähnliche Bewegungen gibt es in der ganzen Welt. Das ist ein Hoffnungsschimmer für all jene, Bäuerinnen, Bauern, Handwerkerinnen und Konsumenten, die vermeiden wollen, dass wir aus ökonomischer Blindheit direkt in die Wand fahren.

*Valentina Hemmeler Maïga
Übersetzung : Stefanie Schenk*



Europa

Nyeléni Treffen in Rumänien

Seiten 2-3



Milch

Aktionstag am 10. Dezember

Seite 4



International

Tribunal gegen Monsanto

Seiten 6-7



National

Die SP und die Landwirtschaft

Seiten 10-11

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Ein europäisches Treffen für Ernährungssouveränität

Das zweite europäische Forum zur Verteidigung des Rechts auf Ernährungssouveränität fand in Cluj, Rumänien, statt. Über 700 Teilnehmende aus rund 40 Ländern waren dabei. Die Delegation aus der Schweiz bestand namentlich aus Mitgliedern der Gewerkschaft Uniterre. Bericht von Coline Choquet von der Allianz für Ernährungssouveränität.



Am Sonntag ging das grösste europäische Forum zur Verteidigung des Rechts auf Ernährungssouveränität zu Ende. Während 6 Tagen hatten sich über 700 Vertreter/-innen von rund 40 Ländern in Cluj, Rumänien, versammelt. Bäuerinnen und Bauern, Konsumenten, Konsumentinnen, Urvölker, NGOs, Gewerkschaften und viele Menschen, die eine Veränderung bewirken wollen. Angesichts der Vormacht der industriellen Landwirtschaft und Handelsabkommen wie TTIP oder CETA, welche die bäuerliche Landwirtschaft bedrohen, haben die Teilnehmenden alternative Lösungen gesucht. Sie haben Aktionspläne und Strategien ausgearbeitet, um bestehende Initiativen für Ernährungssouveränität zu verbessern.

FAO bleibt wirkungslos

Am ersten Forum für Ernährungssouveränität 2011 in Krems, Österreich, wurde eine gemeinsame Erklärung und einen Aktionsplan verabschiedet. Seither hat sich die Privatisierung und Kommerzialisierung natürlicher Ressourcen und Produktionsmittel noch beschleunigt. Nach Ansicht der Teilnehmenden « ist es notwendig, mit gemeinsamen Strategien die Nachhal-

tigkeit und die Kontrolle des Ernährungssystems zu gewährleisten ». Sie haben ausserdem unterstrichen, dass die geheimen Verhandlungen über Freihandelsverträge zwischen der EU und Kanada (CETA) oder den USA (TTIP) zeigen, « wie dringend wir uns gemeinsam organisieren müssen, um nicht Opfer der neoliberalen Politiken zu werden, welche die industriellen Produktionsmodelle bevorzugt ». Supranationale Organisationen wie die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) können Grundrechte nicht gewährleisten, das Recht auf Ernährungssouveränität, das Recht auf Zugang zu einer gesunden und vielfältigen Ernährung, auf Produktionsmittel, auf Land und auf natürliche Ressourcen. Also gilt es nun, auf allen Ebenen zu intervenieren, national und international. « Diese Bewegung muss von der Basis zu den Entscheidungsträgern getragen werden, sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Gesellschaft. »

Einfluss der Europapolitik in Rumänien

Das Forum wurde aus ganz bestimmten Gründen in Rumänien organisiert. Dieses Land zählt noch 4,7 Millionen Bäuerinnen und Bauern und die Subsistenz-Landwirtschaft ist noch stark vertreten. Seit der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU und die Normalisierung der Produktions- und Handelsnormen haben sich die Arbeitsbedingungen zahlreicher Bauernfamilien und Landarbeitenden radikal verschlechtert. Sie können

von ihrem Lohn nicht mehr leben und viele müssen aufgeben. Das Fehlen von Mitteln und strukturellen Ressourcen verunmöglicht eine Anpassung an die neuen auferzwungenen Regeln.

Als Gegenbewegung entstehen immer wieder neue, lokale Initiativen; die Transition-Towns, die Agrarökologie und die solidarische Landwirtschaft (s. Kasten) sind Beispiel für konkrete Aktionen der Zivilgesellschaft gegen die weltweite, industrielle Dynamik. Es gibt eine Vielzahl Akteure, die gemeinsam nachhaltige Strukturen aufbauen, um Saatgut zu erhalten und die Kontrolle der Biodiversität nicht an Grosskonzerne abzutreten. Auch in der Schweiz kämpfen Uniterre und die vielen Mitglieder der Allianz für Ernährungssouveränität - von denen einige am Forum waren -, namentlich dafür, dass alle nicht natürlichen Veränderungen eines Genoms als gentechnisch veränderter Organismus anerkannt werden.

Lokale Initiativen

Die Teilnehmenden haben auch die Anwohner/-innen der Region kennengelernt. Zum Beispiel im kleinen Dorf Alunich, 62 km von Cluj-Napoca gelegen. Das Dorf zählt 99 Einwohner/-innen, die kaum Geld verwenden und rund 90 % ihrer Lebensmittel selber produzieren. Als die Milchgenossenschaften aufhörten, die Milch der Produzenten zu kaufen, weil sie zu kleine Mengen produzieren, hat der Dorfpfarrer angeboten, die Milch zu kaufen, zu verkäsen und weiterzuverkaufen. Das ist eine von zahlreichen, kleinen Initiativen, die überall aufblühen und es den kleinen Bauernbetrieben ermöglichen, zu überleben. Das Forum in Cluj selbst hat sich an diese Werte gehalten: Alle Mahlzeiten wurden aus regionalen Produkten hergestellt und von Freiwilligen aus ganz Europa zubereitet.

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produzieren 75 % der Welternährung

Auch die Frauenrechte bildeten ein Schwerpunktthema. Weltweit sind über 80 % der Bauern Frauen, deren Rechte selten anerkannt werden. Die Teilnehmenden haben über die Notwendigkeit gesprochen, Gesetzesgrundlagen zu schaffen, damit auch Frauen Land besitzen können und die gleichen Rechte haben wie Männer. « Die Frauen sind Schlüsselfiguren für den Zugang zu Nahrungsmitteln und es wird Zeit, dass die Gesellschaft dies anerkennt », betonten Vertreter/-innen aus zahlreichen

Ländern. Dasselbe gilt auch für Urvölker, für FischerInnen und Nomaden und Nomadinnen. Sie alle tragen dazu bei, die Weltbevölkerung im Einklang mit dem Boden, dem Meer, zu ernähren. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die 25 % des Bodens besitzen, stellen derzeit 75 % der Welternährung sicher. « Es ist Zeit, dass die Konsumentinnen und Konsumenten begreifen, dass es nicht die Agrarindustrie ist, die sie ernährt ». Auch die Bedeutung der Bauernrechte, die im Rahmen der UNO anerkannt werden sollen und an deren Förderung mehrere Organisationen beteiligt sind, wurde in Erinnerung gerufen.

Ein gangbarer Weg

In kollektiver Arbeit hat das Forum eine gemeinsame Erklärung geschrieben. Zuerst wurde der Stand der Dinge aufgenommen und anschliessend, durch Erfahrungsbericht der Teilnehmenden, wurden konkrete Lösungen vorgeschlagen. Die vielen Informationen mussten danach in einer gemeinsamen Resolution niedergeschrieben werden. Das war der Höhepunkt des Forums, denn diese Resolution soll während der 5 kommenden Jahre als Grundlage dienen. Die Teilnehmenden zählen unter anderen auf die Konsumentinnen und Konsumenten, um bei der Promotion einer regionalen, solidarischen Landwirtschaft Fortschritte zu erzielen. Sie haben viel Macht. Sie entscheiden, was sie essen wollen. Und es gereicht zum Vorteil aller Parteien: Die Bauern verdienen mehr, wenn sie ihre Produktion z. B. im Direktverkauf vermarkten und umgekehrt sind Rückverfolgbarkeit und Qualität garantiert. Zudem sind auch die Preise nicht höher, da keine Zwischenhändler, Verarbeiter und Verteiler ihre Margen absahnen. Diese Art Lösung wird auch in der Initiative von Uniterre, die am Forum von Cluj mit einer starken Delegation anwesend war, gefordert und gefördert. Die Initiative für Ernährungssouveränität wurde am 31. März 2016 in Bern eingereicht (www.souverainete-alimentaire.ch).



Schweizer Delegation, organisiert von Uniterre, gemeinsam im Einsatz.

Coline Choquet
Veröffentlicht in GaucheHebdo
von 3. November 2016

Übersetzung: Stefanie Schenk

Die Schlussklärung und alle Informationen auf der Webseite von Nyéléni:

<http://nyelenieurope.net>



Drei Fragen an Eline Muller

Eline Muller hat das Forum als Mitglied von Uniterre, der Bauerngewerkschaft in der Schweiz, und von der Europäischen Koordination Via Campesina mitorganisiert.

Das Treffen ermöglichte es den Delegationen vieler Länder, untereinander Kontakte zu knüpfen und ihre Erfahrungen mit der Ernährungssouveränität auszutauschen. Wie werden diese Beziehungen in Zukunft gepflegt?

Eline Muller: An einem solchen Treffen können viele Projekte entstehen. Für mich sind beiden wichtigsten Prozesse, die ins Leben gerufen wurden, einerseits die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung der Erfahrungen mit Agrarökologie und andererseits die Annäherung der Länder Osteuropas im Kampf gegen die industrielle Landwirtschaft.

Mit der Agrarökologie gibt es ja bereits konkrete Projekte...

Es gibt in Europa viele Bildungsprojekte „von Bauer zu Bauer“ zur Agrarökologie, die sowohl von Bauern als auch von „Alternativen“ und Universitäten angeboten werden. In Cluj haben wir festgestellt, dass es bereits zahlreiche Bemühungen gibt, diese Projekte zu erfassen und untereinander zu vernetzen. Wir haben nun beschlossen, alle diese Kräfte zu vereinen und aus der Agrarökologie eine starke, radikal

lokale, integrative und nachhaltige Form der Landwirtschaft zu bilden. Mehrere Gruppen wurden gebildet und ich zweifle keine Sekunde daran, dass Agrarökologie in den nächsten Jahren als Vorzeigemodell Schule machen wird und dass alle einsehen werden, dass Agrarökologie die einzige gangbare Lösung für unser Ernährungssystem ist.

Sie unterstreichen auch die Beziehungen zu den Ländern Osteuropas?

Ja. Dieses Forum kann das Treffen zwischen Bäuerinnen und Bauern aus vielen Ländern Osteuropas und Zentralasiens als grossen Erfolg verbuchen. Sie konnten feststellen, dass ihre Probleme alle dieselben Ursachen haben und auch von EcoRuralis, der Gastgeberorganisation in Rumänien, und anderen post-sowjetischen Ländern als Schwerpunktthema behandelt werden. Ein paar der Organisationen dieser Region werden der Europäische Koordination Via Campesina beitreten, die langsam aber sicher auch das Ohr der Europäischen Union, der UNO, der FAO, dem Ausschuss für Nahrungsmittelsicherheit und anderen hat.

*Das Gespräch führte Coline Choquet
Übersetzung: Stefanie Schenk*



NATIONAL

InitiativeN für Landwirtschaft und Ernährung

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats (WAK-S) schlägt einen Gegenentwurf zur Volksinitiative für Ernährungssicherheit der Schweizerischen Bauernverbände vor. Der neue Text beruht auf umfassenden Überlegungen, die auch andere hängige Volksinitiativen (Ernährungssouveränität, Fair-Food, Hornkühe) berücksichtigen.

Auch wenn der Ständerat diesen Vorschlag in der Wintersession annehmen sollte, bleibt offen, wie der SBV und die Grünen darauf reagieren werden und ob sie ihre Initiativen zugunsten des Gegenprojekts im Verlauf der parlamentarischen Debatten 2017 zurückziehen werden. Wenn der Nationalrat den Antrag auf Fristverlängerung bis zum 8. Januar 2018 für die Antwort an den SBV stattgibt, muss das Parlament den Gegenvorschlag ausarbeiten und sich auf eine Endversion einigen (zur Erinnerung: der Nationalrat hatte die Initiative des SBV angenommen). So könnten der Gegenvorschlag und die Initiativen dem Stimmvolk gleichzeitig im Verlauf von 2018 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Uniterre ist der Ansicht, dass der Gegenvorschlag in der aktuellen Form zahlreiche Probleme übergeht, für die wir unsere Initiative lanciert haben: Saatgut und GVO, Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und Diversifizierung der Strukturen, das Recht auf Grenzschutz, eine wirksame Mengenföhrung, gerechte Löhne und Einkommen sowie eine konkrete Bürgerbeteiligung an der Ernährungsdebatte. Wir warten gespannt auf die nächsten Schritte und bleiben im engen Kontakt mit dem SBV und den Grünen, um gegebenenfalls eine gemeinsame Strategie aufzugleisen.

*Valentina Hemmeler Maïga
Übersetzung: Stefanie Schenk*

Wortlaut des Gegenentwurfs der WAK-S vom 4. November 2016 zur Initiative für Ernährungssicherheit des SBV

Art. 104a Ernährungssicherheit

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln schafft der Bund Voraussetzungen für:

- die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;
- eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;
- eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;
- grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

VERTRAGSLANDWIRTSCHAFT

Das wäre doch was?

Seit dem Kurs für solidarische Landwirtschaft anfang dieses Jahres, lässt uns der Gedanke nicht mehr los, dass Bern ein weiteres Projekt für solidarische Landwirtschaft gut gebrauchen könnte. Wir möchten unser Gemüse kennen, wir möchten fair produzieren, gemeinsam ernten und gemeinsam die Verantwortung für unsere Lebensmittel tragen. In Bern gibt es bereits das Radiesli und Soliterre, zwei Projekte basierend auf Vertragslandwirtschaft. Ein Projekt vom q-Hof befindet sich ebenfalls in den Startlöchern. Aber die Stadt scheint noch mehr Potential zu haben. Da passt es wunderbar, dass uns Angelika König

kontaktiert hat. Unsere Idee: Ein weiteres Projekt regionaler Vertragslandwirtschaft hat Land und Motivation, ihr fehlt aber noch ein Verein und ein paar motivierte Mitmenschen, welche bereit sind, einen Verein mit zu gründen und Energie zu investieren, ein neues solches Projekt mit aufzubauen. Hättest du Lust, Teil einer sich neu bildenden Kerngruppe zu sein, einen Verein zu gründen und eine solidarische Gemüseinitiative aufzubauen? Oder hast du Freunde, welche unsere Idee interessieren könnte? Es würde uns freuen! Danielle, Angelika und Noemi für

www.jardinetbio.ch

MILCH

EMB feiert 10-jähriges Bestehen.

Die Milcherzeugerbewegung fordert ein reguläres Kriseninstrument für den Milchsektor



Protestmärsche in europäischen Großstädten - mehr als 1.000 Traktoren, die durch die Brüsseler Innenstadt fahren - Milch, die an den Fenstern des EU-Parlaments heruntertropft - oder das Gespräch mit dem Papst in Rom: Vier von vielen Bildern, mit denen sich die europäischen Milchbäuerinnen und Milchbauern des European Milk Board (EMB) in den vergangenen Jahren ins Gedächtnis von Politik und Öffentlichkeit eingepägt haben. Doch genauso wichtig sind die politische Gespräche und die Beteiligung bei EU-Arbeitsgruppen, bei denen Konzepte für einen stabilen Milchmarkt eingebracht wurden. Der EMB-Vorsitzende und Milchbauer Romuald Schaber erinnert: «Dabei war uns die Solidarität mit den Kollegen aller Länder und das Verfolgen gemeinsamer Ziele damals schon sehr wichtig. Wir wollten nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern uns gemeinsam für eine faire Landwirtschaft einsetzen.» Das EMB, das für rund 100.000 Milcherzeuger eintritt, steht seit 10 Jahren für eben diese Solidarität. Einiges wurde

geschafft, aber es bleibt auch noch vieles zu tun. Dies die Forderungen des EMB:

Die einmalige Massnahme des freiwilligen Lieferverzichts muss nun in ein reguläres Kriseninstrument nach Vorbild des Marktverantwortungsprogramms einfließen. Dafür muss zunächst ein gesetzlicher Rahmen geschaffen werden, der:

- einen Markt-Index über die MMO (Beobachtungsstelle Milchmarkt) installiert
- in Krisenzeiten während des freiwilligen Lieferverzichts eine Deckelung der restlichen Produktion einführt und Sanktionen, um den Deckel durchzusetzen und
- die Erhebung einer Umlage bei Erzeugern zur Finanzierung des Kriseninstrumentes ermöglicht.

Köbi Alt, Sämi Spahn (Uniterre) und Werner Locher (Big-M) haben eigens für das Jubiläum eine Hymne geschrieben, die sie vortragen wollten. Köbi Alt verstarb kurz vor seine Abreise. Die Hymne bleibt und wird uns daran erinnern, wie wichtig auch Poesie und Musik für das gemeinsame Handeln sind.

*Ulrike Minkner
Auszüge aus der PK. Brüssel/ Nunspeet,
10.11.2016*



Am 10. Dezember 2016 werden wir Bäuerinnen und Bauern

Rohmilch sowie andere Produkte an Marktständen verkaufen. Ziel ist es, unsere Hofprodukte vorzustellen und die Direktvermarktung zu fördern. Als Rohmilch wird die Milch bezeichnet, die unverfälscht und unverändert ist (kein UHT, UP, kein Entzug von Rahm, noch Beimischung von Stoffen, etc.). Diese Milch ist ein hochwertiges Naturprodukt. Gleichzeitig zeigen wir auf:

- Unsere Preise entsprechen dem, was der Bauer und die Bäuerin braucht, um davon leben zu können.
- Die angebotene Menge wird durch die Nachfrage bestimmt.
- Der direkte Verkauf fördert den Kontakt und das gegenseitige Verständnis

Wir unterstreichen mit diesem Aktionstag die Forderung für die Mengensteuerung sowie für einen kostendeckenden Milchpreis von 1 Fr. pro Liter

Möchtest du mitmachen, dich beteiligen, selber etwas organisieren? Kontakt: Mathias Stalder, m.stalder@uniterre.ch Tel. 076 409 72 06

NATIONAL

Symposium über GVO: Wissenslücken in den Risikobewertungen von GVOs

Am 10. November fand in Bern das Symposium «GVO - 20 Jahre Kommerzialisierung» statt, organisiert von der Schweizer Allianz Gentechfrei (SAG) und Alliance suisse pour une agriculture sans génie génétique (Stop OGM) organisiert mit Unterstützung der Stiftung Mercator Schweiz.

Die Präsentationen und Podiumsdiskussionen auf hohem Niveau wurden von Expertinnen und Experten der ganzen Welt geführt (Australien, Neuseeland, Grossbritannien usw.)

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Aussage des SNF zum nationalen Forschungsschwerpunkt 59: «GVO stellen weder für die Umwelt noch für die Gesundheit ein Risiko dar» und ähnliche Aussagen umstritten sind. Die Referentinnen und Referenten haben aufgezeigt, dass viele Studien analytische und statistische Verzerrungen sowie Antworttendenzen aufweisen: Zu wenig Materialproben,

Resultate, die statistisch nicht signifikant sind usw. Eine weitere besorgniserregende Tatsache: Gewisse Studien haben schädliche Auswirkungen von GVO in der Ernährung festgestellt, beispielsweise eine Studie mit Schweinen, die mit GVO gefüttert wurden und in der Folge Entzündungen in Magen und im Dünndarm hatten.

Agrarökologie könnte eine Alternative zu GVO darstellen, deshalb sollte die Forschung in diesem Bereich gefördert werden, um unsere Ernährungssouveränität zu unterstützen.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass heute riesige Wissenslücken in der

Risikobewertung von GVO bestehen und weiterführende Untersuchungen notwendig sind, wenn diese Technologie weiterhin genutzt werden soll. Es scheint aber, dass die Kosten für solche Untersuchungen nicht tragbar sind, deshalb müssen wir uns die Frage stellen: „Macht es Sinn?“

*Berthe Darras
Übersetzung: Stefanie Schenk*

Alle Referate und Diskussionen finden Sie auf der Webseite des Symposiums:
www.symposium.gentechfrei.ch

Käse für eine schöne Welt



Wir alle für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.

Mit dem Zusammenschluss von Bauern und Städtern produziert Basimilch wunderbare Bio-Milchprodukte unter besten Bedingungen für alle. Eine Landwirtschaft, die echt fair und nachhaltig ist! Nach der erfolgreichen Testphase brauchen wir dich, um das Projekt zum Blühen zu bringen! Denn wenn wir auf 2017 die Zahl der Käse-Abonnenten nicht verdoppeln können, droht dem Pionier-Projekt der Absturz.

www.100-days.net/de/projekt/kaese-fuer-eine-schoene-welt

Delegiertenversammlung der BioSuisse vom 16. November

Der 35jährige Verband BioSuisse der 6000 Knospenhöfe und gegen 900 Firmen aus der Ernährungswirtschaft vertritt, kann auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken und ist unterdessen zu einer gewichtigen Stimme in der Landwirtschaftspolitik geworden. Tatsächlich verfügt der Verband heute mit einem Budget von 15,2 Millionen Franken über grössere finanzielle Schlagkraft als der Bauernverband, welcher als Dachverband alle 5400 Bauernhöfe vertritt und ca. 6,4 Millionen Franken frei verfügbar hat.

Diese finanzielle Stärke kommt von der Knospe, welches eine Handelsmarke in der Hand von BioSuisse also Bauernhand ist. Da die Lizenzgebühren an den Umsatz gekoppelt sind und der Markt wächst, steigen auch die Einnahmen. Heute betragen diese Einnahmen runde 9 Millionen Franken jährlich. 60 % dieser Gebühren stammen aus Schweizer Knospe-Rohstoffen, 40 % aus importierten Knospe-Rohstoffen. Der Anteil von Coop an diesem Ertrag dürfte schätzungsweise bei ca 7 Millionen Franken liegen. Dieses einzigartige Modell wirft natürlich auch viele Fragen auf, welchen sich BioSuisse stellen muss. Was ist mit Migros und den anderen Grossverteilern welche keine Knospenprodukte führen? Wie geht BioSuisse mit der Problematik der Bio-Marktnische und der gesamtgesellschaftlichen Dringlichkeit eines nachhaltigen Ernährungssystems um? Welche konkreten Mechanismen gibt es, um den im Leitbild verankerten Fairness-Anspruch über Lippenbekenntnisse hinaus umzusetzen? Bio-Produzentenpreise sind zwar bedeutend weniger schlecht als im konventionellen Bereich, doch bei den aktuellen Bio-Produzentenpreisen von Fairness, oder von vergleichbarem Einkommen und Löhnen zu sprechen ist nicht realistisch und Schönrederei. Stelle man sich doch nur die Einkommenslage der Biohöfe ohne Direktzahlungen vor.

In diesem Zusammenhang stehen die Diskussionen, welche von der Delegiertenversammlung am 16. November geführt wurden. Als erstes wurde das Budget von rund 15 Mio. Franken verabschiedet. Dabei

sollen die Märkte, wie im Speziellen auch die Biozuckerproduktion, weiter unterstützt werden. Spezielle, begleitende Massnahmen, um die wachsende Produktion der Nachfrage des Marktes anzugleichen, wie sie von Prokana verlangt wurden, stiess auf klare Ablehnung, da die Marktkommission diese Thematik schon abdeckte. Auch ein Antrag der Bergheimat auf die unentgeltliche Abgabe von Verpackungsmaterialien an Direktvermarkter wurde verworfen.

Danach wurde der Entscheid zur Initiative des Bauernverbandes zur Ernährungssicherheit getroffen. Dabei hat eine knappe Mehrheit der Delegierten für eine neutrale Position von BioSuisse gestimmt. Im Sinne der nötigen Solidarität zwischen konventionellen und biologisch produzierenden Bauern und Bäuerinnen ist dieser Entscheid sicher bedauernd. Die Initiative des Bauernverbandes will die lokale, nachhaltige, einheimische Produktion stärken. Es mutet schon seltsam an, dass BioSuisse sich nicht dazu bekennen kann. Klar ist die Initiative schwach und verlangt keine griffigen Instrumente oder Massnahmen, aber das Konzept der Ernährungssicherheit, welches die Agrarpolitik vor der Globalisierung und Deregulierung geprägt hat, bleibt sinnvoll. Tatsächlich stellt heute das Konzept der Ernährungssouveränität die Aktualisierung dieses Konzeptes im Zusammenhang globalisierter Märkte dar und ist die Antwort auf die Herausforderung nachhaltige, stabile und demokratische Ernährungssysteme zu schaffen. Markus Ritter nannte zur Begründung der SBV-Initiative, Bevölkerungswachstum, Klimawandel, Bodenerosion, Zugang zu

Wasser, Importdruck, Druck auf Kulturland und tiefe landwirtschaftliche Einkommen als beunruhigende Faktoren, welche von der Agrarpolitik vermehrt einbezogen werden müssten.

Obwohl der Strukturwandel mit der täglichen Zerstörung von 3 Bauernhöfen und 6 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft weitergeht, sieht der Vorstand von BioSuisse keinen Grund die aktuelle Agrarpolitik zu kritisieren oder sie verändern zu wollen. So lautet eben auch der Inhalt der verabschiedeten Resolution. Weiter heisst es darin, dass Mensch, Tier und Natur im Gleichgewicht stehen sollen und dass Produktion und Ökologie zusammen gehören.

Der Gastredner Felix Zu Löwenstein, Agrarwissenschaftler, Landwirt und Vorstandsmitglied des Deutschen Dachverbandes Ökologischer Landwirtschaft (BÖLW) sieht allerdings dringenden Handlungsbedarf, auch für die biologische Landwirtschaft. In einem spannenden Referat hat er die Problematik der nicht geschlossenen Nährstoffkreisläufe erläutert. Weiter wies er auf die Wichtigkeit einer biologischen Züchtung hin, weil sie Qualitätsmerkmale und standortgerechte Stabilität anzielt, welche von der konventionellen Züchtung ignoriert würden. Er hat auch auf die zentrale Rolle klimakühlender, humusbildender und fruchtbarkeitsfördernder Bodenbearbeitung hingewiesen. Diese nötigen Entwicklungen können nur in einem grossen Brückenschlag aller bäuerlichen Landwirte, ob konventionell oder biologisch und mit Einbezug und Unterstützung der Gesellschaft, mit der Schaffung dahinziehender Rahmenbedingungen, im Speziellen einer tatsächlichen Kostenwahrheit, umge-

setzt werden (Buchveröffentlichung 2011, «Food Crash»).

Im gleichen Spannungsfeld stand auch die abschliessende Diskussion zum Thema «Bioland Schweiz - zwischen Vision und der Realität des Marktes» Vertreter aus Produktion, Verarbeitung und Handel waren sich einig dass der Biomarkt weiter kontinuierlich wachsen und die Knospe die zentrale Rolle spielen soll. So sagte etwa Roland Frefel von Coop: «Wir setzen auf die Knospe und wollen den Bioumsatz bis 2025 verdoppeln.». Das ganze Ernährungssystem ist jedoch kein Wachstumsmarkt und gerade deshalb braucht er Regulierung, um das Angebot bei kostendeckenden Preisen der Nachfrage anzupassen. Die Wachstumslogik allein kann nur oft Kosten von Mensch oder Natur weiterbestehen. Deshalb muss die Gesellschaft einen prägenden Einfluss auf die Rahmenbedingungen dieses Marktes ausüben. Dazu braucht es aber den Sprung über die Bio-Nische hinaus.

Bio Suisse hat sich mit dem mutigen Leitbild des Biolandes Schweiz einer ganzheitlichen Weiterentwicklung des Biolandbaus verpflichtet. Im Umfeld des Druckes zu weitergehender Deregulierung der Märkte und ungebremstem Konkurrenzdruck, müssen Wege gefunden werden, um fairen Handel in der Schweiz und im Ausland, Förderung der Relokalisierung und der Direktvermarktung, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Schutz und Förderung der Biodiversität Realität werden zu lassen.

Rudi Berli

Ein Blick in die Zukunft von Ernährung und Landwirtschaft

Am 16. Oktober verfolgten zum Anlass des Welternährungstag rund 70 Interessierte in der Heiliggeistkirche in Bern den Film «10 Milliarden - Wie werden wir alle satt?» von Valentin Thurn.

Der Film zeigt eindrucksvoll Wege auf, die heute in den Laboren und Fabriken der Nahrungsmittelproduktion, der industriellen technologiegestützten Landwirtschaft, aber auch der sanften, manuellen, nachhaltigen, bäuerlichen und urbanen Landbearbeitung möglich sind und gegangen werden. Das Fazit des Regisseurs: 10 Milliarden Menschen können in Zukunft ernährt werden, wenn wir uns von der industriellen Landwirtschaft zurück auf die bäuerlichen Betriebe mit regionalen Kreisläufen in der Versorgung besinnen, wenn wir viel weniger Fleisch essen und wenn die Bearbeitung der verfügbaren Flächen mit mehr manuellem Einsatz erfolgt, weil diese dann intensiver und damit

produktiver und nachhaltiger genutzt werden können.

Die Schlussfolgerung wurde auch auf dem Podiumsgespräch, geführt von Sieglinde Lorz von Décroissance Bern, bestätigt. Zu Gast waren Ulrike Minkner, Bäuerin, Vertreterin von Uniterre und der Initiative für Ernährungssouveränität sowie Thomas Gröbly, gelernter Landwirt, Ethiker und Autor. Dies bedingt allerdings ein grosses Umdenken sowohl auf individueller, als auch auf politischer Ebene. Zwei weitere Aussagen sind mir wichtig:

Wir, sagte Ulrike Minkner, müssen nicht 10 Milliarden ernähren. Diese 10 Milliarden müssen sich selber ernähren, die Verantwortung liegt nicht bei einem

Konzern, oder bei uns im reichen Norden, sondern bei allen. Auch die Menschen armen Ländern in Afrika können sich selber ernähren, wenn wir das nicht verhindern. Thomas Gröbly betont, dass Lebensmittel nicht produziert werden. Man kann ein Fahrrad produzieren aber nicht Lebensmittel. Ja, diese wachsen von selber und wir kultivieren sie höchstens. Es ist an der Zeit auch in unserem täglichen Sprachgebrauch hier die Dinge klar auszudrücken, mit dem nötigen Respekt gegenüber der Natur, die uns nährt.

Wir brauchen nicht eine neue Landwirtschaftspolitik, sondern wir brauchen eine Ernährungspolitik als Gesamtes.

Sieglinde Lorz



Monsanto vor einem Gericht der Zivilgesellschaft

Zum ersten Mal wurde ein Multi in Den Haag vor ein internationales Gericht gestellt. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: es handelte sich nicht um den Internationalen Strafgerichtshof, sondern um ein Meinungstribunal, das vom 14. bis zum 16. Oktober in Den Haag tagte.



Hochqualifiziert waren jedoch die fünf RichterInnen am Monsanto Tribunal. Sie kamen aus vier Kontinenten und sind international anerkannt aufgrund ihrer früheren Ämter am Internationalen Strafgerichtshof, am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder an nationalen Gerichten. Auch die AnwältInnen waren weltweit gewürdigte Größen. Die ZeugInnen kamen zum Teil aus weit entfernten Ländern wie Argentinien, Australien, Sri Lanka oder Kanada, um die durch Pestizide und GVO verursachten Schäden in ihren Ländern anzuklagen.

Die Vorbereitungsarbeiten für das Monsanto Tribunal dauerten mehr als zwei Jahre. Zahlreiche Freiwillige waren involviert, darunter auch Jus Studierende an den Universitäten Yale (USA), Louvain (Belgien) und Bordeaux (Frankreich). Begleitet wurden sie von prominenten JuristInnen, wie **Olivier de Schutter**, ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, **Valérie Cabanes**, Autorin des Buchs «Un nouveau Droit pour la Terre» oder **Corinne Lepage**, ehemalige französische Umweltministerin.

Die Tage in Den Haag waren ein unvergessliches Ereignis. Eine bunte Mischung mit über 750 Menschen aus 30 Ländern fand sich zusammen in ihrem Widerstand gegen Monsanto, aber auch gegen die Industrielandwirtschaft mit all ihren verheerenden Auswirkungen auf Menschenrechte und Umwelt. Der nigerianische Schriftsteller **Nnimmo Bassey's** fand an der Eröffnungspressekonferenz die treffenden Worte dazu: «Dieses Treffen ist nicht nur ein Kampf gegen eine multinationale Firma, es ist ein Kampf für das Leben, es ist ein Kampf für die Freiheit. Es ist ein Kampf, um die grossen Unternehmen zu stoppen unser Ernährungssystem zu kolonisieren, unsere Landwirtschaft zu kolonisieren, indem sie unsere Mutter Erde für ihre Profite versklaven... es ist ein Kampf für die Menschheit und die Zukunft des Planeten.»

Auswirkungen der Pestizide auf die menschliche Gesundheit

Die ZeugInnen legten in ihren Aussagen die weltweit fatalen Auswirkungen der Produkte von Monsanto offen. **Kolon Saman** und **Channa Jayasumana** aus Sri Lanka berichteten über die Geschichte des Unkrautvernichters „Roundup“ in ihrem Land. Seit 1984 wurde Roundup in den Reiskulturen verwendet, ohne dass die notwendigen Vorsichtsmassnahmen auf den Verpackungen erwähnt wurden. Einige Jahre später traten erste Fälle von bis dahin in der Region unbekanntem Nierenkrankheiten und Leberschäden auf. Das Trinkwasser war durch das Versprühen von Roundup in den Reiskulturen verseucht. Seit seiner Erstanwendung sind in Sri Lanka 24'800 Personen an den Folgen von Roundup gestorben und mehr als 69'000 vergiftet worden. Wissenschaftliche Untersuchungen vor Ort belegen das Monsanto-Produkt als Ursache dieser Katastrophe. In der Folge verbot Sri Lanka als erstes Land der Welt den Import, den Vertrieb und die Benutzung von Roundup auf seinem Territorium.

Sabine Grataloup aus dem französischen Departement Isère behandelte ihren Pferdeausruf von 700m2 mit Roundup, als sie im ersten Monat schwanger war. Ihr Kind Theo kam mit einer zu kurzen Speiseröhre und einem deformierten Kehlkopf auf die Welt. In seinen ersten neun Lebensjahren musste Theo bereits 50-mal operiert werden. Die 51ste Operation ist schon geplant. «Ich hatte Vertrauen in die Reklame, die Glyphosats als „erstes biologisch-abbaubares Herbizid“ anpries, ein Produkt, das ich also gerade wegen seiner Unschädlichkeit ausgewählt hatte», erklärt Frau Grataloup den RichterInnen.

Maria Liz Robledo aus Argentinien berichtete von einem ähnlichen Leidensweg mit ihrer Tochter: auch sie wurde während der Schwangerschaft durch Roundup vergiftet, das mit Flugzeugen über den

Kulturen versprüht wird, wobei das Pestizid auch immer wieder auf angrenzende Wohngebiete fällt. **Damian Verzeñassi**, ein argentinischer Arzt, bezeugt die unzähligen Vergiftungen durch Roundup in der Nähe von Soja- und Maiskulturen. Er stellt fest, «dass in gewissen Provinzen des Landes die Menschen heute an anderen Ursachen sterben als früher und dass dieser Wechsel zeitlich korreliert ist mit der Umsetzung eines industriellen, auf GVO-Produkten basierenden Landwirtschaftsmodells, das von Toxinen abhängig ist. Hauptsächliche Erkrankungen sind Schilddrüsenunterfunktion, Allergien, Hautprobleme, neurologische Erkrankungen, Atemwegserkrankungen und Krebs.» Schon 1985 wies die amerikanische Agentur zur Genehmigung von Pestiziden auf ein mögliches Krebsrisiko von Glyphosat hin.

Der amerikanische Anwalt **Timothy Litzenburg** vertritt in den USA – von Hawaii bis Pennsylvania und Florida – gegen 1000 Opfer von durch Monsanto hergestellten Pestiziden. Ab 1995 benutzte eine seiner Mandantinnen, **Christine Sheppard**, Roundup während acht Jahren auf ihren Kaffeeplantagen. Sie erkrankte an einer besonders gefährlichen Form von Krebs, dem Non-Hodgkin-Lymphom (LNH), mit nur 10% Überlebenschancen. Nach zahlreichen Spitalaufenthalten leidet sie weiterhin an chronischen Schmerzen.

Schäden an Tieren, Böden, Wasser, Biodiversität

Die ersten ZeugInnen berichteten ausführlich über die Wirkung von Roundup auf die menschliche Gesundheit. Aber die RichterInnen werden auch die Auswirkung der Machenschaften von Monsanto auf die Menschenrechte auf eine gesunde Umwelt und auf eine gesunde Nahrung beurteilen sowie abklären, ob das Unternehmen des Ökozids, ein bisher noch nicht anerkanntes Völkerrechtsverbrechen, schuldig ist. Weiter werden sie klarlegen, in welchem Masse Monsanto das Recht auf freie Meinungsäusserung und wissenschaftliche Forschungsfreiheit verletzt und, als einer der Produzenten von Agent Orange, an Kriegsverbrechen in Vietnam beteiligt war.

Die Aussagen der an die 30 ZeugInnen waren sehr ergreifend und umfassten die ganze Bandbreite der Auswirkungen von Roundup und anderen Pestiziden auf Mensch, Tier und Natur. Mexikanische Bienenzüchter aus der Region Campeche in Yucatan können ihren Honig nicht mehr verkaufen, weil er durch gentechnisch veränderte Mais- und Sojakulturen, die mit Glyphosat behandelt werden, verseucht ist. Ein Bauer aus Burkina Faso klagt über Ernteeinbussen seit der Einführung von GVO-Baumwolle. Ein Delegierter einer Bauerngewerkschaft aus Indien denunziert den Aufkauf von traditionellem

Auszüge der Abschlusserklärung

Hier einige Auszüge der beachtenswerten Abschlusserklärung der Präsidentin des Tribunal:

[...] Sie wissen, dies ist ein Meinungstribunal. Es soll es der Zivilgesellschaft ermöglichen, ZeugInnen zu Wort kommen zu lassen, damit die Öffentlichkeit die Auswirkungen der Aktivitäten von Monsanto versteht.

[...] Wir werden die Aktivitäten von Monsanto prüfen in Bezug auf das Recht auf eine gesunde Umwelt, auf Ernährung, auf Gesundheit, auf Information. Deshalb mussten wir diese Punkte klären. Aber auch in Bezug auf das, was in Vietnam passiert, in Bezug auf die neue Frage des Ökozids. Wir werden also prüfen, ob die Tätigkeiten von Monsanto mit den genannten Rechtsinstrumenten konform sind oder nicht [...].

Dann geben wir eine «Advisory Opinion» ab. Was ist eine «Advisory Opinion»? Die beratende Stellungnahme einer fachlichen Autorität. Eine beratende Stellungnahme dieses Tribunals, dieses Meinungstribunals, das legitim ist - denn diese Frage wird oft gestellt - weil es von der Zivilgesellschaft gebildet wurde. [...] Generell wird sie, wie jede «Advisory Opinion», Feststellungen, aber wahrscheinlich auch Empfehlungen enthalten.

Welche Wirkung, welche Tragweite wird diese «Advisory Opinion» haben? Sie soll zuerst einmal Instrumente bereitstellen. Rechtsinstrumente, denn das ist unser Bereich. Das Recht ist nicht alles auf der Welt, absolut nicht, aber wir sind hier in einem Gericht und das Ziel ist, juristische Stellungnahmen abzugeben, die AnwältInnen, RichterInnen, Gerichten Massnahmen ermöglichen werden. [...] weiter zu gehen in Sachen Haftung und Entschädigung. Diese Themen müssen natürlich angesprochen werden, das ist unumgänglich.

Das zweite Ziel ist damit verknüpft. Das zweite Ziel ist, die

internationalen Menschenrechte zu klären. Dies ist ein Punkt, der uns gehört haben: Es ist ein Menschenrechtsnormen, wer wird es dann tun, wer wird es dann tun? Das Recht für Sie gemacht, nicht für die. Das Recht wird für die

Das ist das 2. Ziel. Menschenrechtsnormen werden in der Debatte über das Verbrechen, dass es in das Recht man wird nichts tun. Die Definition des Verbrechens vorankommen. Im Recht zugleich sein. Geduld geht. Und ungeduldig

Wir müssen das in Unternehmen voranbringen. Tagen gesehen. Bei Verbrechen nur der Staat den Bürgern die Weise, die Bürger auf in diesen Bereichen müssen. Das ist unser Ziel, damit RechtsanwältInnen können, und gleichzeitig Wenn Sie dies eines Tages zu verdanken [...].

ndelte sich nicht – noch nicht! - um

Die Abschlusserklärung der Präsidentin des Tribunals und zahlreiche Zeugenaussagen finden Sie auf der Website de.monsantotribunal.org und auf vimeo.com

Baumwollsaatgut im ganzen Land durch Monsanto, wodurch die Bauern/Bäuerinnen gezwungen werden, auf GVO-Baumwolle umzustellen. In nur 10 Jahren stieg der Anteil der GVO-Baumwolle in Indien von 5% auf 95% und die Preise für das Saatgut erhöhten sich um 7000%. Eine Bäuerin aus Bangladesch bezieht Monsanto des Raubes von lokalem Auberginen-Saatgut, um so ihr Saatgut durchzudrücken...

Roundup auf der Anklagebank

Nicolas Defarge, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des französischen Forschungsinstituts CRIIGEN, klärt die RichterInnen über die Zusammensetzung von Roundup auf. Neben dem Wirkstoff Glyphosat enthält dieses Unkrautvernichtungsmittel auch 1000mal giftigere Beistoffe, wie Arsenik, Kadmium und weitere Schwermetalle. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen werden aber nur über Glyphosat gemacht. Die genaue Formel von Roundup ist nicht öffentlich zugänglich, sie ist ein Firmengeheimnis von Monsanto. Die wissenschaftlichen Arbeiten vom CRIIGEN zeigten, dass **Roundup auch in geringeren Dosen als den für den landwirtschaftlichen Gebrauch zugelassenen giftig ist.**

Wissenschaftler und Institutionen, die Monsanto-Produkte anprangern, werden von Monsanto als unseriös und inkompetent bezeichnet und stehen unter massivem

ung

Tribunals, Richterin **Françoise Tulkens**:

...menschenrechtsnormen weiterzuentwickeln. Das ist absolut notwendig, die internationalen Normen weiterzuentwickeln. Wenn Sie es nicht tun? Sie müssen es tun, die Zivilgesellschaft den Ereignissen. [...] Das Recht wird nicht für die Juristen oder die Gesetzbücher gemacht, die leben, die leiden. In dieser « Advisory Opinion »: die Menschen weiterzuentwickeln. Denken wir an unsere Vorfahren des Ökozids, von dem wir möglicherweise Statut aufgenommen wird. Aber wir können, wenn es keine genaue juristische Definition des Ökozids gibt. Damit müssen wir Recht muss man geduldig und ungeduldig, weil es nicht von heute auf morgen, weil man es wollen muss [...].

Internationale Recht über die Haftung von Unternehmen, das haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten der Menschenrechte steht nicht gegenüber, sondern, auf horizontaler Ebene den Unternehmen. Man sieht, dass wir das internationale Recht voranbringen, um ein doppeltes Ziel. Instrumente schaffen, RichterInnen, Gerichte weiter gehen, um das internationale Recht weiterbringen. Sie erleben, [...] haben Sie es sich selbst

Druck. **Dr. Shiv Chopra**, Kadermitglied in der kanadischen Gesundheitsbehörde „Santé Canada“, beschreibt den Druck von Monsanto auf Institutionen, um die Kommerzialisierung eines Wachstumshormons in der Milchproduktion in Kanada durchzusetzen. Weil er auf gesetzlich vorgeschriebenen Tests bei der Zulassung dieses Produktes bestanden hatte, wurde er schlussendlich wegen Ungehorsam gefeuert. In Kanada, wie auch in zahlreichen anderen Staaten, beeinflusst der lange Arm von Monsanto direkt oder indirekt die Beschlüsse der Regierungen. In Europa, berichtet **Peter Clausing**, ist die EFSA (European Food Safety Agency), welche erst kürzlich über eine Verlängerung der Zulassung von Glyphosat bis Ende 2017 entschieden hat, der chemischen Industrie unterworfen. Denn diese beschliesst, in welchem Land die entscheidenden Analysen für die Zulassung eines Produktes gemacht werden.

Wie skrupellos Monsanto über die Unschädlichkeit seiner Produkte lügt, zeigt sich unter anderem darin, dass deren Beschriftung von einem zum anderen Land variieren. So wurde beispielsweise das Herbizid „Lasso“ in Belgien bis 1991 und in Frankreich sogar bis 2007 vermarktet, obwohl es in Kanada schon 1985 verboten wurde. Allfällige Gefahren bei der Handhabung wurden auf der Produktverpackungen nicht explizit beschrieben, erklärt **Paul François**, ein Landwirt der in Frankreich Opfer der Ausdüstungen von Lasso wurde. Der Anwalt **William Bourdon** qualifiziert in seinem Plädoyer das Verhalten von Monsanto als « weltumfassende, intellektuelle Betrugerei - durchgeführt von organisierten Banden, die das Recht auf freie Information mit den Füßen treten ».

Die Zivilgesellschaft kann handeln

Das Tribunal vereinte Menschen aus der ganzen Welt mit einem gemeinsamen Ziel: Der multinationale Konzern Monsanto soll zur Verantwortung gezogen werden. Die durch seine Pestizide entstandenen Schäden und seine unlauteren Machenschaften sollen öffentlich bekannt werden. Die Zeugenaussagen legten klar dar, dass die am Tropf von giftigen Produkten hängende industrielle Landwirtschaft eine Plage für die Menschheit ist, sowohl heute wie auch für künftige Generationen. In einigen Monaten, wahrscheinlich im April 2017, werden die RichterInnen die juristischen Gutachten bekanntgeben. Diese können Klagen gegen multinationale Konzerne, welche die Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören, weltweit unterstützen und werden sicher noch viele Nachwirkungen haben.

Raymond Gétaz
Kooperative Longo maï, Undervelier

Eine Klage für das Nichteinhalten des Vorsorgeprinzips gegen das Bundesamt für Landwirtschaft?

Kaum zurück aus Den Haag, gehe ich an einem Feld von einem Nachbarn vorbei, wo die Weizenschösslinge auf einem von Roundup vergilbten Feld spriessen. Wie ist es möglich, dass ein Landwirt, der sich auch um seine Böden und um die Nahrungsgrundlage kommender Generationen sorgen sollte, seine Felder dermassen vergiftet? Fehlen ihm die notwendigen Informationen? Geht es um kurzfristige Profitgier oder hat er blindes Vertrauen in die Direktiven des Bundesamts für Landwirtschaft (BLW)? Denn das BLW unterstützt und subventioniert weiterhin mit 250 Franken pro Hektar Kulturen, deren Boden nicht gepflügt sondern mit Herbiziden abgebrannt wurde. Das ist eine indirekte Subvention für die Fabrikanten von Roundup! Die aktuelle Subventionenregelung ist umso skandalöser, da doch die Weltgesundheitsorganisation Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend eingestuft hat! Wo bleibt das Vorsorgeprinzip, das mit so viel Unerbittlichkeit bei kleinen Metzgereien oder Käsereien angewendet wird? Ich möchte vehement dagegen protestieren und die Behörden für ihre Verantwortungslosigkeit anklagen!

Raymond Gétaz

Die Versammlung der Völker, ein Treffpunkt der Gegner von Weltkonzernen

Gleichzeitig zum Monsanto Tribunal fanden zahlreiche Ateliers und Konferenzen statt. Im Vordergrund standen AktivistInnen, angesehene WissenschaftlerInnen und Initiativen der Zivilgesellschaft.

Während der drei Versammlungstage wurden alle Schatten des Agrobusiness-Konzerns ausgeleuchtet, von den neuen Techniken der gentechnischen Veränderung, welche die GVO-Etikettierung umgehen sollen, bis hin zur Verantwortung der Staaten, wenn Menschenrechte missachtet werden. Die Zivilgesellschaft, angeregt von der Anwesenheit der vielen VertreterInnen und der Dynamik der Organisationen, hat ihre Opposition gegen die Freihandelsabkommen, ihre Ablehnung des Neoliberalismus und ihre Entschlossenheit, die Souveränität wiederzuerlangen, immer wieder betont.

Eine Delegation von La Via Campesina war auch vor Ort und hat einen Teil ihrer Arbeit vorgestellt. Der Teil, der sich nicht auf dem Land abspielt, sondern in den Institutionen der UNO. Die vielen Zeugenaussagen vor dem Monsanto Tribunal haben weitreichend belegt, dass nicht nur die Umwelt unter der industriellen Landwirtschaft leidet, sondern auch Männer und Frauen, insbesondere die LandarbeiterInnen. La Via Campesina arbeitet seit rund 15 Jahren im Menschenrechtsrat an einer Deklaration für die Rechte der Bäuerinnen und Bauern, ein langwieriger Prozess, der aber auf gutem Wege ist: die meisten europäischen Staaten sind von ihrem Nein abgewichen und enthalten sich der Stimme. Die Delegation und ihre Mitstreitenden haben eine Anzahl Ateliers zur Macht und Straffreiheit der Grosskonzerne gemacht, über die Mittel, gegen sie anzukämpfen und über ein alternatives Landwirtschaftsmodell. Viel war die Rede von einem zwingenden Völkervertrag (der wirtschaftliche Akteure zwingt, die Menschenrechte zu respektieren), ein solcher Prozess wurde in den Vereinten Nationen lanciert und von mehreren Hundert Organisationen unterstützt.



Der letzte Tag der Grossveranstaltung in Den Haag fiel auf den 16. Oktober, den Welternährungstag. Eine weitere Gelegenheit, lautstark zu verkünden, dass Ernährungssouveränität eine Notwendigkeit ist und dass wir sie nur erreichen können, wenn wir alle unsere Kräfte vereinen und unsere Rechte weg von den Grosskonzernen wieder in unsere eigenen Hände nehmen.

Eline Müller
Übersetzung: Stefanie Schenk

Vanessa Renfer: Eine Hebamme wird Bäuerin

In Enges, auf der Anhöhe über Cressier, ist der Parkplatz vor dem Bauernhof von Vanessa Renfer und Etienne Richard oft besetzt. Es hat Lieferwagen, Autos, Kleinlaster, einen Traktor. Dieser Andrang ist ein gutes Zeichen, der Bauernhof lebt, bewegt und entwickelt sich - aber wohin? Wir werden es in diesem Interview mit Vanessa Renfer erfahren. Sie ist Bäuerin und Delegierte der Sektion Neuenburg im Vorstand von Uniterre.



Vanessa, im Vorstand von Uniterre sprechen wir oft über den Bauernstand, aber selten über Bäuerinnen. Wer bist Du und wie sieht dein Lebenslauf aus?

Ich bin aus Liebe zu Etienne Bäuerin geworden. Wir haben zusammen vier Kinder - Aurélien, Fiona, Thalia und Isaline - sie sind zwischen 3 und 11 Jahre alt. Ich bin 38 und seit rund zehn Jahren auf unserem Betrieb angestellt.

Meine Kindheit habe ich in der Stadt verbracht. Ich bin in Lausanne aufgewachsen, fern von der Landwirtschaft. Während meiner Jugend hatte ich das Glück, vier Praktika auf Bauernbetrieben in der Region Gros-de-Vaud zu machen, dank der Organisation „Horizon ferme“ (Landdienst). Ich habe diese Aufenthalte geliebt. Zweifellos habe ich das Landleben ein wenig allzu sehr idealisiert, denn die Realität heute ist schon ein wenig anders (lacht). Aber ich bedaure nichts. Ich bin mit meinem Leben sehr zufrieden. Nachdem ich die Matura in der Tasche hatte, wollte ich zuerst die Ausbildung als Agraringenieurin in Zollikofen machen. Also habe ich das obligatorische Praktikumsjahr auf einem Bauernhof gemacht. Aber dann konnte ich mir nicht vorstellen, Landwirtschaft im Klassenzimmer zu lernen. Also habe ich mich umorientiert und habe eine medizinische Ausbildung in der Pflege gemacht. Das ist zwar eine ganz andere Welt, die mich aber auch interessiert. Ich habe an der Schule von Chantepierre die Ausbildung zur Krankenschwester und dann zur Hebamme gemacht. Das hat mir gefallen. 2005 habe ich abge-

schlossen. Damals kannte ich Etienne schon, er war Bauer und hatte bereits den Familienbetrieb übernommen. Also bin ich ihm gefolgt und wir haben uns alle beide hier niedergelassen.

Du bist auf dem Betrieb angestellt. Wie funktioniert das?

Ich bin direkt nach der Ausbildung hierher gekommen. So habe ich meinen Beruf als Hebamme nie aufgenommen und wir sind auch nicht verheiratet. Deshalb war es für mich wichtig, für meine Arbeit einen Lohn zu beziehen. Ich konnte mir nicht vorstellen, ohne Lohn zu arbeiten. Mit Lohn konnte ich bei den Sozialversicherungen einzahlen, ich hatte einen Status, war finanziell unabhängig und ausserdem hat es mich motiviert, mehr Verantwortung auf dem Hof zu übernehmen. Das war für Etienne und mich wichtig.

Findest Du die Debatte über den Status der Bäuerin wichtig?

Ja, sehr. Auch wenn ich kein Diplom als Bäuerin habe, bin ich beim Verein für Bäuerinnen und Landfrauen Neuenburg sehr aktiv. Ich bin Sekretärin des zentralen Vorstands. Dieser Verein ist mir wichtig. Ich komme nicht vom Land, aber so konnte ich viele Frauen aus der Region kennenlernen und entdecken, dass es so viele verschiedene wirtschaftliche und soziale Situationen gibt, wie Bäuerinnen. Wir leben alle in einer anderen Realität. Viele haben eine bezahlte Arbeit neben dem Bauernhof, aber nur wenige haben meinen Status. Das ist erstaunlich. Für mich als Aussenstehende war das anfänglich schwer zu verstehen.

Wir sind rund 900 Mitglieder. Nicht alles sind Bäuerinnen, aber wir fühlen uns alle als Landfrauen, im nobelsten Sinne des Wortes.

Was für Aktivitäten organisiert der Verein?

Wir setzen uns für eine gewisse Vision des Landlebens ein: was es für die Ernährung bedeutet, für die Gastfreundlichkeit, die Kultur, die soziale Kompetenz, das Fachwissen und die Weiterbildung. Wir bilden regionale Gruppen. Jede Gruppe organisiert übers Jahr verschiedene Aktivitäten. Von Theateraufführungen über Rezeptbücher über die Organisation von Kursen bis hin zur Präsenz an verschiedenen Events. Daneben führen wir eine permanente Debatte über den Status der Bäuerin. Wir stehen in regelmässigem Kontakt mit der nationalen Dachorganisation und anderen Berufsverbänden. Unsere Aktivitäten regen viele Frauen - Bäuerinnen oder nicht - dazu an, mitzumachen. Diese Vielfalt ist eine grosse Bereicherung.

Gibt es innerhalb des Vereins eine politische Debatte?

Nicht wirklich, die Organisation nimmt auf kantonaler Ebene nicht öffentlich Stellung. Wir führen keine offiziellen politischen Debatten. Natürlich haben wir unsere Meinungen, aber das ist nicht offiziell, sondern bleibt unter uns. Aber auf nationaler Ebene nimmt die Organisation Stellung. Oft haben die Frauen eine ziemlich klare Vorstellung der wirtschaftlichen und sozialen Gesundheit der Bauernbetriebe. Aus diesem Grund ist es wichtig, sich auszutauschen, damit man eine globale Sicht der Situation erhält.

Und wie sieht diese Situation bei dir aus?

Wir haben einen der letzten Milchbetriebe im Dorf. In den letzten Jahren haben viele wegen der tiefen Milchpreise aufgehört. Wir machen weiter, aber nicht mehr so leidenschaftlich. Wir müssten investieren, um zu überleben, aber das lehnen wir ab. Der Markt ist viel zu prekär. Wir liefern 120 000 kg Industriemilch an Prolait. Obwohl unser Betrieb nicht so hoch liegt (820 m. ü. M.) sind wir in Bergzone 1 und 2. Wir haben kein flaches Land. Unser Boden (insgesamt 37 ha) ist typisch für den Jura: leicht, trocken und durchlässig. Die Kulturen leiden schnell unter der Trockenheit. Neben dem Dauergrünland haben wir Silomais, Weizen und Gerste. Daneben haben einen Weinberg von 30 Aren in Cressier. Das ist eine der Lieblingsarbeiten

von Etienne. Er geht gerne dorthin, um sich um die Reben zu kümmern.

Wie könnt Ihr Eure Löhne bezahlen, beim derzeitigen Milchpreis?

Diesbezüglich ist die Milch fast zu einem Nebeneinkommen geworden. Wir haben uns seit vielen Jahren auf die Aufzucht von Kücken und den Verkauf von Masthennen spezialisiert. Wir erhalten sie aus der Brüterei in Belp, wenn sie 1 Tag alt sind, und verkaufen sie im Direktverkauf an Privatpersonen, wenn sie erwachsen sind, also mit 26 Tagen.

Warum kaufen die Privatpersonen ihre Kücken nicht direkt in der Brüterei?

Während den ersten 26 Wachstumstagen sind die Kücken empfindlich für Temperaturschwankungen, Krankheiten usw. Viele Privatpersonen wollen dieses Risiko nicht tragen und ziehen es vor, die Tiere nur zu mästen. Also übernehmen wir die Aufzucht. Das wird geschätzt, ist aber mit viel Aufwand verbunden. Wir müssen sowohl die Kücken jederzeit überwachen, als auch eine gute Beziehung zu den Kunden erhalten. Letztere sind oft sehr verschieden und haben unterschiedliche Hintergründe. Wir haben Stadtleute, die wollen zwei Hühner für ihren Garten und Züchter, die 300 Tiere aufs Mal bestellen.

Wir ziehen jedes Jahr 17 Gruppen auf, das sind mehrere tausend verkaufte Masthennen. Etienne und ich ergänzen uns bei dieser Arbeit bestens. Ich mache den Teil Kundenkontakt, beantworte zahlreiche E-Mails, mache Telefonate und gebe Ratschläge zur Zucht, besonders zu Futter- und Haltingsfragen. Etienne macht die Aufzucht und die Lieferungen. Er mag den direkten Kontakt.

Da wir gerade von Mast sprechen, wie ist das mit den Schlachthäusern im Kanton?

Wir haben Glück. Wir haben noch Schlachthäuser für Geflügel im Kanton. Die stehen auch Privatpersonen offen. Das ist wirklich eine grosse Chance für uns. Hoffentlich gehen sie nicht ein!

Wie habt Ihr euren Kundenstamm angeworben?

Das war am Anfang gar nicht einfach. Wir platzieren regelmässig Annoncen im Agri und im Terre&Nature. Daneben zählen wir auf Mund-zu-Mund Propaganda und auf unseren guten Ruf. Neben der weissen Rasse „Ross“ haben wir auch braune Kücken für Biobetriebe. Sie

wachsen langsamer, sind aber resistenter und ihr Fleisch ist sehr geschmackvoll, deshalb sind sie beliebt. Wir haben uns wegen der Nachfrage diversifiziert.

Verkauft ihr sie unter Vertrag?

Nein, nicht wirklich. Wir verkaufen sie pro Stück. Viele Kunden kommen regelmässig. Ein Vertrag wäre denkbar, aber man müsste überlegen, in welcher Form. Damit könnten wir unsere Aufzucht anders planen.

Bei der Anfahrt habe ich gesehen, dass Ihr auf dem Briefkasten für eine Brauerei Werbung macht - besteht da eine Verbindung zum Hof?

Ja, wir mieten schon seit einiger Zeit ein Raum in der Brasserie des 3 lacs. Ein Freund von uns hat die Brauerei aufgemacht und produziert auf Bestellung. Er ist mit Herz und Seele dabei und macht Spezialitäten wie das „3 céréales“, das zusätzlich zur Gerste auch Mais und Weizen enthält. Wir mögen diese Art der originellen Zusammenarbeit. Wir erhalten mehr Besuch und das ist wichtig, wenn man Direktverkauf macht. Ausserdem können wie die neuen Kreationen immer frisch degustieren (lacht).

Wie bist Du zu Uniterre gekommen?

Etienne ist schon lange Mitglied bei Uniterre. Er war damals mit dabei, als sie die Zufahrt zu Coop und Migros gesperrt haben. Er hat auch den Prozess mitverfolgt. Ich habe mich 2009 bei Uniterre engagiert, mitten im Bauernaufstand. Aline Franel habe ich an einer Konferenz getroffen. Das war eine unglaubliche Zeit. Wir gingen auf die Strasse, die Landbevölkerung war aufgewacht. Ich erinnere mich daran, dass ich auf dem Internetforum „jeunes mamans“ über das Problem der Milchpreise diskutiert habe. Ich habe ihnen erklärt, was los ist. Wir erhielten von überall Unterstützung. Meine Kinder sind zwar noch jung, aber daran erinnern sie sich auch. Danach bin ich dem Vorstand in Neuenburg beigetreten.

Wo ist diese Wut heute?

Nun, die Wut der Bäuerinnen und Bauern ist immer noch da, auf dem Land. Es ist eine kalte Wut im Bauch, aber sie kann sich nicht mehr ausdrücken. Was fehlt, ist die Bewegung, der Funke. Wir haben es bei Uniterre nicht geschafft, diese Bewegung nach 2009 aufrecht zu erhalten. Ja, es gab SAM, aber diese Bewegung wurde innert kürzester Zeit durch interne Spannungen zerrissen. Aus heutiger Sicht denke ich, dass SAM eine Bewegung hätte bleiben sollen, ohne Struktur. Eine Art landwirtschaftliche Wache, die auf die Aktualität reagiert. Das war ihre Stärke und hat ihre Glaubwürdigkeit ausgemacht. Uniterre könnte sich davon inspirieren lassen.

Wie kann der Funke wieder überspringen?

Nach diesen mageren Jahren für Uniterre haben sich viele der damaligen Leader zurückgezogen. Uniterre hat mit der Initiative für Ernährungssouveränität ein grosses Projekt lanciert. Wir in Neuenburg waren eigentlich dagegen, weil wir fanden, die Initiative sei weit entfernt von unserer Realität. Unsere Mitglieder waren nicht bereit, die nötige Unterstützung aufzubringen. Schliesslich haben wir den Beschluss der Hauptversammlung übernommen und mit einem gewissen Erfolg angefangen, Unterschriften zu sammeln. Das hat geklappt und jetzt, im Nachhinein, können wir nur stolz darauf sein. Auch wenn nicht die ganze Basis mitgemacht hat, konnte sich Uniterre einen Platz auf dem nationalen Spielbrett der landwirtschaftlichen Organisationen erkämpfen. Wir haben ein nationales Netzwerk aufgebaut, das in viele andere Milieus hineinreicht und wir vertreten die Ernährungssouveränität lautstark. Was wir geschafft haben, ist fantastisch - aber zu welchem Preis!

Dieser Winter ist vielleicht der richtige Zeitpunkt, damit der Funke auf dem Land wieder überspringt. Die Initiative wurde eingereicht und das Abstimmungsdatum ist noch nicht bekannt. Jetzt haben wir Zeit, den nächsten Kampf vorzubereiten.

Was sind deine Vorschläge?

Wir müssen die Kapazität finden, sofort in den Medien auf die Aktualität zu reagieren. Das Beispiel Schweinefleisch diesem Herbst war frappierend: keine Kammer hat reagiert und Uniterre auch nicht. Keine landwirtschaftliche Organisation hat Stellung genommen. Sie haben sich von der Realität der Familienbetriebe losgelöst. Uniterre muss ihre mediale Führungsrolle wieder übernehmen. Die Stimme der Bäuerinnen und Bauern muss gehört werden, überall und jederzeit. Das ist wichtig, auch für die Abstimmungskampagne.

Heute, mit den sozialen Medien, erfolgt die Verbreitung von Informationen unmittelbar. Wir müssen das benutzen, informieren. Zwischen der Wahrnehmung der Landwirtschaft durch die Gesellschaft und der Realität klafft ein Graben, der immer tiefer wird. Alle Bevölkerungsschichten haben ihre Probleme und es ist nicht einfach, gehört zu werden, obwohl wir so viel zu sagen hätten.

Ich denke, dass auch positive Aktionen in der Agenda von Uniterre Platz haben. Märkte, Konferenzen usw. ermöglichen es, die Dynamik in den Sektionen zu verbessern.



Daneben bin ich eine Anhängerin der medial wirksamen Protestaktionen, sie provozieren eine Schockwelle, in deren Nachgang viele gefasste Meinungen ins Wanken kommen und neue Überlegungen angeregt werden. Manchmal entsteht aus einem „kreativen Chaos“ eine Lösung, gezwungenermassen, um aus der Krise herauszufinden.

Bei der heutigen Lage der Landwirtschaft müssen wir alle Formen der Mobilisierung versuchen. Uniterre hat nichts zu verlieren und muss etwas wagen. Wenn Uniterre nichts macht, macht niemand etwas. Die Bäuerinnen und Bauern warten nur darauf, dass der Funke überspringt. Und wenn der richtige Moment gekommen ist, werden sie da sein.

*Das Gespräch führte
Nicolas Bezençon
Übersetzung: Stefanie Schenk*

Bäuerinnen und Landfrauen Neuenburg: paysannes-neuchateloises.ch
Blog der Sektion Neuenburg: www.uniterre.ch/fr/blog/neuchatel

Es ist vollbracht: Uniterre Sektion Bern gegründet.



Am 5. November trafen wir uns im Restaurant Bären in Ostermundigen in kleiner und engagierter Runde. Bereichernde Diskussionen wurden geführt und interessante Ideen vorgeschlagen: Organisieren eines Rohmilch-Verkaufs in Bern während dem Milchaktionstag vom 10. Dezember von Uniterre; 2 - 3 Aktionstage

auf Landwirtschaftsbetrieben von Uniterre-Mitgliedern, organisieren eines Treffens zwischen den verschiedenen Gemüse-Abo-Anbietern in Bern (Légummes, Biohof Heimenhaus, Soliterre, Radiesli, etc); Rechtliche Hilfe für Bäuerinnen und Bauern, etc. Aber zuerst ist es sehr wichtig, neue Mitglieder zu gewinnen!

In den Vorstand wurde gewählt: Kassier - Daniel Flühmann, Begründer vom Gemüseabo Légummes; Sieglinde Lorz, Projektleiterin, engagiert bei «Décroissance Bern» als Sekretärin und als Präsidentin Berthe Darras, landwirtschaftliche Mitarbeiterin, Biohof Heimenhaus.

Das nächste Treffen findet **am 7. Dezember um 19.30 Uhr** im Restaurant Bären in Ostermundigen statt. InteressentInnen sind herzlich willkommen!

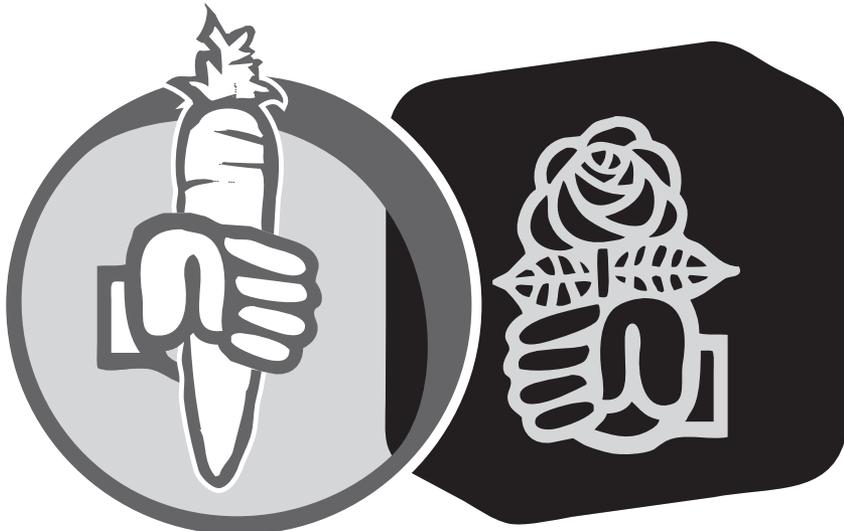
Kontakt Sektion: bern@uniterre.ch

*Berthe Darras,
Präsidentin der Sektion Bern*



Die sozialdemokratische Partei und die Land-wirtschaft: Übereinstimmungen und Differenzen

Der Walliser Mathias Reynard und der Basler Beat Jans, beides Nationalräte der SP, haben uns dieses Interview während der Herbstsession des Parlaments in Bern gewährt. Wir wollten offen über die Position der sozialdemokratischen Partei bezüglich der Landwirtschaft und der Agrarpolitik diskutieren - ein Thema, das manchmal innerhalb der Fraktion Spannungen schafft. Ulrike Minkner von der Bauerngewerkschaft Uniterre war ebenfalls dabei.



Welche hauptsächlichsten Fragen stellen sich in der SP bezüglich Landwirtschaft?

Ulrike Minkner: Bei Uniterre haben wir manchmal das Gefühl, dass die Linke in der Romandie empfänglicher ist für landwirtschaftliche Themen. Wenn ich das jüngste Grundsatzpapier der SP Schweiz lese, sind wir uns grundsätzlich über die Ziele einig, was wir aber heute besprechen müssen, ist, mit welchen Massnahmen wir sie erreichen können. Im Gegensatz zu dem, was manche Linke glauben, kann der Markt diese Ziele nicht erreichen. Es braucht die staatliche Politik, um die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. In diesem Kontext sollten die einzelnen Punkte der Initiative von Uniterre besprochen werden.

Mathias Reynard: Innerhalb der SP gibt es einen relativ breiten Konsens zu Fragen der Landwirtschaft. Wir haben die Initiative der JUSO gegen die Spekulation mit Lebensmitteln zum Beispiel unterstützt und wir sind auch mit dem Punkt einverstanden, dass wir keine GVO wollen. Dennoch driften unsere Meinungen bei bestimmten Fragen auseinander, beispielsweise beim Thema Liberalisierung und der Haltung, die ich „solidarischen Protektionismus“ nenne, oder beim rapiden Arbeitsplatzverlust in der Landwirtschaft (knapp 100'000 in 20 Jahren, gemäss Zahlen der Uniterre), oder auch bei den zu tiefen Löhnen der landwirtschaftlichen Angestellten.

Ein Teil dieser Differenzen ist auf die Art der Bauernbetriebe zurückzuführen, die wir in der Romandie und in der Deutschschweiz kennen.

Beat Jans: Wir haben keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Alle wollen die kleinen Bauernbetriebe erhalten. Das Problem liegt bei der Wahl der Mechanismen, die es umzusetzen gilt. Ich glaube nicht, dass eine Preissteuerung die aktuelle Lage verbessern kann, denn höhere Preise würden nur die Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe unterstützen. Ja, in der Schweiz verschwinden viele Bauernbetriebe, aber die Lage ist bei uns viel weniger besorgniserregend als im Ausland. Die Agrarpolitik steht für alle Bäuerinnen und Bauern ein, indem die Preise auf einem akzeptablen Niveau gehalten werden. Ich denke nicht, dass man mehr tun sollte.

UM: Uniterre fordert nicht, dass der Staat die Preise festlegt. Wir möchten, dass sich die Schweiz vom kanadischen Modell inspirieren lässt. Dort werden Produktionsquoten vorgegeben, die von allen eingehalten werden. Dieses Modell funktioniert seit fünfzig Jahren. Für eine solche Politik müsste sich der Bund erst die Mittel geben, um dem gesamten landwirtschaftlichen Sektor Produktionsmengen vorzuschreiben.

MR: Nehmen wir das Beispiel Weinbau, es illustriert die Probleme der Schweizer Landwirtschaft. Ausländische Weine werden importiert und zu Preisen verkauft, die in der Schweiz nicht einmal die Produktionskosten decken. Das ist eine Art unlauterer Wettbewerb, dem wir Einhalt gebieten müssen. Dieses Beispiel kann leicht verallgemeinert werden, denn es betrifft auch andere Produktionszweige.

Meiner Ansicht nach sollten die Direktzahlungen nicht gesenkt, aber so

ausgerichtet werden, dass gewisse Regeln eingehalten werden müssen, insbesondere bei den Arbeitsbedingungen.

BJ: Ich habe eine Motion vorbereitet, in der es darum geht, die Direktzahlung entsprechend der Betriebsgrösse auszurichten, damit diejenigen davon profitieren, die darauf angewiesen sind und damit die Konzentration nicht stärker wird. Beim Wein, oder auch beim Käse, ist die Marktöffnung nicht negativ. Es gibt heute eine grössere Auswahl für die Konsumenten/-innen und die Qualität ist insgesamt gestiegen. Das gilt auch für den Schweizer Käse, der mehr und mehr exportiert wird. Die Qualitätssteigerung, die wir der internationalen Konkurrenz zu verdanken haben, ermöglicht es den Bäuerinnen und Bauern, ihre Produkte zu exportieren und erschliesst ihnen neue Märkte.

MR: Das Problem ist, dass die Landwirtschaft nicht nur von Nischenprodukten lebt, sondern auch von Grundnahrungsmitteln, sei es nun Wein, Gemüse, Früchte, Milch usw. In diesen Märkten wird die Produktion der Schweizer Landwirtschaft nicht verbessert, sondern verunmöglicht, weil sie im internationalen Vergleich zu teuer ist.

UM: Beim Käse lässt sich beobachten, dass gewisse Käsesorten beim Export zwar Erfolg haben, dennoch wird seit der Liberalisierung mehr importiert als exportiert. Ausserdem müssen wir auch die ökologischen Kosten berücksichtigen, die durch diese vielen Transporte entstehen, insbesondere bei Frischprodukten, die während des Transports gekühlt werden müssen, was besonders viel Energie verbraucht. Ist das etwa rational?

Ausserdem ist es eine Illusion, zu glauben, dass der Markt wirklich frei ist, denn auch andere Länder, namentlich die USA und Kanada, subventionieren ihre Exporte. Ja, gewisse Nischenproduktionen haben Erfolg, aber die sind nur für reiche Konsumenten/-innen in Europa und Nordamerika bestimmt.

BJ: Die negativen Aspekte des Handels auf die Umwelt müssen durch ökologische Massnahmen kompensiert werden, zum Beispiel durch eine CO₂-Abgabe. Wir können auch die Einfuhr gewisser Produkte verhindern, aber das reicht nicht aus, um das gesellschaftliche Problem zu lösen, nämlich den Erhalt der kleinen Bauernbetriebe in der Schweiz.

Ich kenne die Problematik der internationalen Auswirkungen der Agrarpolitik des Nordens, denn ich war lange in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Meine Arbeit mit Bäuerinnen und Bauern in Paraguay hat mir aber auch gezeigt, dass sie sich nicht entwickeln könnten, wenn der internationale Handel ausgesetzt würde.

Wie positioniert sich die SP heute gegenüber den Bäuerinnen und Bauern? Welche Allianzen können Sie sich vorstellen?

BJ: Historisch gesehen hat Ernst Laur, Bauernführer und Gründer des Schweizer Bauernverbandes SBV (er war dessen Geschäftsführer von 1898 bis 1939), von Beginn an eng mit der Wirtschaft zusammengearbeitet. Diese Tradition ist immer noch lebendig, wo sich doch die SVP heute als Partei der Bauern und der Wirtschaft sieht. Die CVP positioniert sich ähnlich, während die Liberalen zuerst eine reine Wirtschaftspartei ist. Die SP war nie gegen die Bäuerinnen/Bauern, sie sind es, welche die sozialdemokratische Politik ablehnen. So fordern ihre Berufsverbände beispielsweise, dass der Verkauf von Landwirtschaftsland und dessen Umzonung in Bauland nicht versteuert wird. Das ist aus sozialdemokratischer Sicht nicht akzeptierbar. Aber ich bin auch bereit, den Bäuerinnen und Bauern zu sagen, dass es in ihrem Interesse liegt, die Vorschläge der SP zur Landwirtschaft zu unterstützen.

MR: Um ein wenig zu provozieren - und mit dem Text der Internationalen im Hinterkopf («In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die stärkste der Parteien»): Man könnte sagen, dass die SP eigentlich die Partei der Bäuerinnen/Bauern ist! Aber diese Allianzen bilden sich nicht von alleine, sie müssen aufgebaut werden. Ich denke insbesondere an die grosse, internationale und solidarische Bewegung von La Via Campesina, die in der Schweiz von Uniterre vertreten wird.

UM: Wir haben unsere Initiative lanciert, um die Diskussion anzuregen, aber wir haben oft das Gefühl, dass uns die SP mit der VKMB (die Schweizerische Vereinigung zum Schutz der kleinen und mittleren Bauern wurde 1980 gegründet und heisst neu Kleinbauern-Vereinigung) verwechselt. In den Medien hört man immer wieder, die Bäuerinnen und Bauern würden schon heute (zu)viel Geld erhalten und sie würden ihre Ideen im Parlament

Pages de Gauche Nr. 159 - Oktober 2016

Spezialausgabe zur Landwirtschaft - <http://pagesdegauche.ch>

durchzwängen. Die SP täte deshalb gut daran, in ihrer Kommunikation einen Unterschied zu machen zwischen den Forderungen der Bäuerinnen und Bauern und den Forderungen des SBV, der uns nicht alle vertritt.

BJ: Die SP ist Mitglied der Agrarallianz, zusammen mit den Grünen, Bio Suisse, der Kleinbauern-Vereinigung, dem Konsumentenschutz, dem Tierschutz, aber nicht dem SBV. Die SP-Kommission für Landwirtschaft diskutiert auch mit der Kleinbauern-Vereinigung, deren Präsidentin, Regina Fuhrer-Wyss, ist Mitglied bei der SP und der Landwirtschaftskommission. Es wäre zweifellos nützlich, wenn Uniterre und die Kleinbauern-Vereinigung ihre Differenzen überwinden und gemeinsam arbeiten könnten.

Sollte die Linke nicht öfters darauf hinweisen, dass der SBV nicht alle Bäuerinnen und Bauern vertritt?

BJ: Eher das Gegenteil. Die SVP und die CVP übernehmen blind alle Vorschläge des SBV. Weil sie als « Bauernpartei » gelten wollen, verzichten sie auf jeglichen kritischen Geist.

Wäre es vorstellbar, dass eines Tages ein SP-Mitglied den SBV leitet?

BJ: Nicht in absehbarer Zeit, nein. Der SBV wird sehr stark von der SVP dominiert. Es wäre unmöglich, den SBV gegen den Willen der SVP zu leiten. Unsere beste Strategie besteht darin, mit alternativen Organisationen zu arbeiten. Beim SGV ist es genau gleich, er vertritt lange nicht alle Unternehmen, wird aber schon seit einiger Zeit von der SVP beherrscht.

MR: Es ist auch eine Frage der Persönlichkeit. Wenn ich sehe, wie viel Unterstützung Christian Levrat bei der ländlichen Bevölkerung in seinem Kanton erhält, auch weil er manchmal zur SP auf Distanz geht, denke ich, dass es nicht ganz unmöglich wäre.

Initiative



www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

Wie positioniert sich die SP gegenüber der Initiative von Uniterre?

BJ: Ich bin offen für Diskussionen, aber die Initiative enthält zahlreiche Forderungen und wird auf mehreren Ebenen angegriffen werden.

MR: Wir sagen seit einigen Jahren, dass wir in der Landwirtschaft zuerst für Stabilität sorgen müssen. Wir können nicht alle vier Jahre die Regeln ändern, denn Landwirtschaft funktioniert langfristig, Investitionen müssen auf lange Frist rentieren. Das bedeutet konkret, dass wir den Verfassungsartikel zur Landwirtschaft nur ungern ändern würden. Genau das will aber die Initiative. Deshalb müssen wir heute sagen, dass die Initiative von Uniterre die Unterstützung der Partei nicht erhalten wird.

BJ: Zwingende Massnahmen für die gesamte Branche mit dem Ziel, bestimmte Mengen zu produzieren, ist eine interessante Lösung und sollte erwogen werden. Ich befürchte aber, dass die Festlegung der Produktionsmengen dem SBV anvertraut würde, was dessen Macht noch verstärken würde. Aus diesem Grund bin ich gerne bereit, den Produzentinnen und Produzenten gegenüber den wenigen Grossverteilern mehr Gewicht zu geben. Besonders bei der Milchproduktion sollten wir auf dieses Ziel hinarbeiten. Hingegen bedauere ich ab und zu, dass die höheren Subventionen an die Produzentinnen und Produzenten sich nicht in billigeren Preisen für die Konsumentinnen und Konsumenten auswirken.

UM: Es ist wahrhaftig eine grosse Frage, wem die Subventionen im Endeffekt wirklich zugutekommen. Unsere Initiative übernimmt die Forderungen von La Via Campesina. Sie wurden jahrelang auf internationaler Ebene ausdiskutiert. Aus diesem Grund ist sie so detailliert. Dennoch sollte jeder Vorschlag einzeln geprüft werden, anstatt alles pauschal abzulehnen. Einzelne Forderungen sind extrem wichtig, beispielsweise die Mindestlöhne in der Landwirtschaft oder die Importkontrolle.

Aus welchen Gründen wird die SP die Initiative vermutlich ablehnen?

BJ: Allein die Tatsache, dass drei Initiativen gleichzeitig zur Abstimmung kommen (die „Initiative für Ernährungssouveränität“ von Uniterre, die „Initiative für Ernährungssicherheit“ des SBV und die „Initiative für faire Lebensmittel“ der Grünen), erleichtert die Debatte nicht gerade. Es besteht das Risiko, dass das Parlament alle drei Initiativen gleichzeitig behandelt und nur einen Gegenvorschlag ausarbeitet. In diesem Fall geht der Gegenvorschlag bestimmt nicht in die von Uniterre gewünschte Richtung.

UM: Wir hatten versucht, gemeinsam mit dem SBV eine Initiative zu lancieren, aber unsere Positionen sind zu unterschiedlich. Wir hätten auch mit den Grünen zusammengearbeitet, aber die Partei wollte ihre eigene Initiative. Ausserdem wollten wir sowohl den sozialen als auch den ökologischen Aspekt abdecken.

BJ: Ich möchte klarstellen, dass wir die Bäuerinnen und Bauern unterstützen, zum Beispiel lehnen wir das TTIP-Abkommen ab, das nicht in ihrem Interesse ist. Grundsätzlich bin ich aber gegen protektionistische Zölle, das kann langfristig keine Lösung zum Schutz der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sein.

UM: Wir haben lange mit Swissaid diskutiert und sind überzeugt, dass die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern im Süden nicht vom Freihandel profitieren. Davon profitieren nur die Grossen, denn die Kleinen produzieren für den Inlandmarkt. Die Kleinbäuerinnen und -bauern brauchen den Zugang zu ihrem eigenen Markt und den können wir mit protektionistischen Massnahmen wie Zöllen oder Kontingenten schützen.

BJ: Oder mit Direktzahlungen... Wenn ich auf meine Erfahrung zurückblicke, ich habe in Paraguay mit Zuckerproduzentinnen und Produzenten gearbeitet. Für sie sind der Zugang zum internationalen Markt und ein guter Zuckerkurs überlebenswichtig.

MR: Aber dieses Beispiel ist nur die Ausnahme, welche die Regel bestätigt... In den meisten Fällen schadet der Freihandel und die Marktöffnung den Bäuerinnen und Bauern im Norden wie auch im Süden.

BJ: Nein, sie werden von der Entwicklung der Rohstoffpreise abhängig. Das Hauptproblem ist die Überproduktion. Das bedeutet, wir müssen die Produktion besser kontrollieren.

UM: Das bestätigt unsere Idee, dass wir die Märkte des Südens nicht mit unseren Produkten wie mit Milchpulver oder subventionierter Baumwolle überschwemmen sollten, denn da sinken die Preise automatisch. Die Lösung ist, die Rohstoffe am Herstellungsort zu verarbeiten. Auch Swissaid unterstützt diese Forderung.

BJ: Swissaid und ich vertreten beim Freihandel dieselbe Position.

Was haltet ihr von der Forderung, die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu vereinheitlichen?

BJ: Wir müssen anerkennen, dass die Bäuerinnen und Bauern die Tendenz haben, sich selbst auszunutzen, denn sie machen ihren Beruf aus Leidenschaft und haben oft noch ein Nebeneinkommen. Ein Lösungsansatz wäre, Produktionsgenossenschaften zu unterstützen, in denen die Arbeitsbedingungen von den

Genossenschaftlern bestimmt werden. Man muss aber zugeben, dass es kein Patentrezept gibt.

UM: Das muss differenziert betrachtet werden, denn es wird nicht nur auf den kleinen Betrieben viel gearbeitet. Grössere, industrielle Strukturen haben enorme Schwierigkeiten mit der Rentabilität, was sich oft in besorgniserregend langen Arbeitszeiten niederschlägt.

Daneben spricht man oft von Produktionsgenossenschaften oder von kollektiver Organisation der Arbeit, aber so etwas wird in den Landwirtschaftsschulen nicht gelehrt. Dort wird nur ein Modell vermittelt: die immer grösseren, industrialisierten Betriebe.

BJ: Ich habe vor einiger Zeit ein Postulat zur landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung eingereicht, damit sie auf den Zielen der Agrarpolitik aufbaue. Ich habe nie eine Antwort des Bundesrats erhalten.

Ich sehe aber auch, dass Betriebe, die viel investiert haben, finanziell nicht gut dastehen, weil sie zu wenig Einkommen haben. Wenn wir aber über besser Produktionspreise sprechen, so werden die industriellen Betriebe gefördert, die am meisten investieren. Die Schweiz hat bereits die höchsten Produktionskosten der Welt im Bereich der Landwirtschaft und mit einer solchen Politik besteht das Risiko, dass wir die Mechanisierung noch verstärken und damit die Kosten weiter ansteigen. Das kann ich nicht unterstützen, denn die Landwirtschaft garantiert Arbeitsplätze, die es zu erhalten gibt und die durch eine allzu starke Mechanisierung bedroht werden. Wir können nicht einfach die Produktionspreise erhöhen.

UM: Aber wir können uns auch nicht damit zufriedengeben, mit Direktzahlungen zu intervenieren! Wir müssen über die Strukturen sprechen, über wirtschaftliche und soziale Mechanismen, die es ermöglichen, gerechte Preise zu erhalten.

BJ: Wer heute vom Protektionismus profitiert, das sind die vor- und nachgelagerten Branchen, zum Beispiel die Produzenten von Pflanzenschutzmitteln oder das Veterinärwesen, die profitieren von hohen Preisen. Ein Beispiel: Der Preis für Butter ist in der Schweiz viermal höher als in Deutschland, aber die Bäuerinnen und Bauern haben nichts davon. Der Unterschied wird von den Zwischenhändlern eingesackt. Hier liegt das wahre Problem, das es zu lösen gilt.

*Interview geführt von
Antoine Chollet und Arnaud Thiéry
Übersetzung: Stefanie Schenk*

UNITERRE

Nachruf Köbi Alt, im Namen von Uniterre

« Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! »

Unter diesen Slogan stelle ich unseren Nachruf für Köbi Alt. Er ist am 31. Oktober unerwartet verstorben und wir alle vermessen ihn sehr. Nicht nur weil er unser Vizepräsident von Uniterre war, sondern weil er so viele verschiedene Talente hatte. Er hat sich immer Zeit für unsere Anliegen genommen und gleichzeitig hatte er etwas Drängendes. Er hat uns erinnert und herausgefordert, hat nicht Ruhe gelassen, bis das Vorhaben Fortschritte machte.

Er war Bauer, fest verwurzelt in seiner Region und andererseits ein Weltenbürger, der die Welt als Ganzes verstehen wollte. Wir haben zusammen gearbeitet, im Team, mit möglichst vielen engagierten Menschen, egal aus welchem Umfeld. Wir haben Theater gespielt, wir haben Musik an Demos und anderen Veranstaltungen gemacht, wir haben Texte verfasst und er war nicht eher zufrieden, bis alle ihren Platz gefunden hatten. Köbi konnte sehr hartnäckig sein. Vom Delegiertenwesen hielt er wenig, er wollte, dass wir als

Direktbetroffene das Wort ergreifen. Er war der Meinung, dass man nicht schon von Anfang an Kompromisse eingehen sollte, sondern erst eindeutig Position beziehen muss. Wenn die kontroversen Positionen klar sind, kann man daran gehen, einen gemeinsamen Weg zu finden, das war sein Kredo. Gerne erinnern wir uns an seine Lieder und die Poesie, an seine Stimme und seine Mundharmonika. Beim Reimen fand er die Worte, die es braucht, um die Menschen im Innern zu berühren. Feine Zwischentöne machten seine Botschaften aus, manchmal auch die Ironie. Seine Gedichte, visualisiert mit Metallplastiken, werden uns begleiten. So war auch sein letzter Leserbrief im Schweizerbauer zum Thema TTIP ein Beispiel für seine Kunst. « Stumme Fische - Freier Handel. Nimm



dem Fischer das Netz, der Bäuerin die Hacke, gewöhne beide an überquellende Gestelle voll billigem Food, und du hast fast unbemerkt alle an der Angel. Und, was auch nicht zu verachten ist, vollen Zugriff zu den Kassen der Massen. » Wir wünschen uns, dass der Widerstand im Sinne von Köbi Alt weiterlebt!

Ulrike Minkner,
Uniterre Vize-Präsidentin



Ihre Unterstützung zählt

Sind Sie Bauer oder Bäuerin und unterstützen die Ernährungssouveränitäts-Initiative? Dann treten Sie noch heute dem bäuerlichen Komitee bei. Sie können sich unter dem folgenden Link eintragen:

www.bäuerliches-komitee.ch

Ihr Name sowie der Ort wird auf der Homepage veröffentlicht werden. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

MITGLIEDSCHAFT

Neu: Mitgliederbeitrag für Personen in Ausbildung gesenkt.

Der Vorstand hat beschlossen einen niedrigeren Mitgliederbeitrag für Auszubildende (Lehre, Studium) zu gewähren: Fr. 60.- pro Jahr anstelle von Fr. 150.-.

www.uniterre.ch/de

Rubrik: „Anmeldung Mitgliedschaft“ könnt ihr euch online registrieren.

Oder ein Mail an:

u.minkner@uniterre.ch

Vom angestellten zum ehrenamtlichen Aktivisten



Ab 2017 wird mein Status ändern. Ich werde vom angestellten Aktivisten zum ehrenamtlichen Aktivisten.

Wie Ihr, liebe Freundinnen und Freunde, werde ich anderweitig beschäftigt sein - dennoch werde ich es nicht lassen können, die Aktivitäten von Uniterre und die Bewegung für Ernährungssouveränität weiterhin zu verfolgen. Mein Herz wird immer für gerechte Preise und kurze Wertschöpfungsketten schlagen und ich werde mich auch weiterhin für die Landwirtschaft einsetzen, denn ich glaube an sie. An eine lebendige Landwirtschaft der Bäuerinnen und Bauern, der Bürgerinnen und Bürger, denn sie wird immer stärker sein als das System von industriellen Gruppen und finanziellen Mächten, in dem Leben zur nebensächlichen Ware wird.

Ich verlasse den Wagen, aber nicht den Traktor. Dieser wird auch weiterhin unterwegs sein, damit die Bewegung weiterlebt. Diese Bewegung, die Tag für Tag stärker wird, auch ausserhalb der Schweizer Grenzen und ausserhalb Europa. Überall, von Jakarta bis Bamako, von Brüssel bis Rio, sind Millionen von Bäuerinnen und Bauern mit und ohne Land aktiv, sie finden Lösungen und debattieren über Alternativen, damit die Welt von Morgen besser wird. Ich werde in dieser Bewegung dabei sein, zusammen mit Euch.

Ich danke euch allen herzlich für die schönen und intensiven Jahre. Danke für vielen Gespräche, die so lebhaft wie interessant waren. Danke für die guten Beziehungen, die ich dank euch aufbauen konnte. Uniterre, das ist mehr als eine Arbeit, das ist Engagement in jedem Augenblick. Ja, ich kann sagen, ich war Teil von etwas Grossem und Bewegendem. Danke an alle Bäuerinnen und Bauern!

Nicolas Bezençon
Übersetzung: Stefanie Schenk

AGENDA

Sonntag, 4. Dezember 14:00
Demonstration Stop TiSA – our world is not for sale
Rue du Mont-Blanc, Genf

Samstag, 10. Dezember
Milchaktionstag
gesamte Schweiz
Bern: 10-14 Uhr,
Breitschträff, Breitenrainplatz 27
Zürich: 10-14 Uhr, Limmatplatz
St. Imier: 10 -16h,
vor Clientis Bank / Coop
Mehr Infos unter www.uniterre.ch

Donnerstag, 19. Januar 19:00
Allianz für Ernährungssouveränität
Av. du Grammont 9, Lausanne

Alle Informationen auf unserer Website:
www.uniterre.ch
unter **Agenda**

SEKTIONEN

Freitag, 2. Dezember 19:30
Sektion Basel/Baselland
Paradieshof, Paradieshofweg 44,
Binningen

Mittwoch, 7. Dezember 19:30
Sektion Bern
Restaurant Bären, Bernstrasse 25,
Ostermündigen

Mittwoch, 14. Dezember 19:00
Sektion Aargau
Solawi Eulenhof, Schaufelgasse 9,
Möhligen

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch 076 512 75 55

Nordwestschweiz: Florian Buchwalder
flobass@gmx.ch 079 470 70 48

Bern: Berthe Darras
bern@uniterre.ch 078 209 28 83

Aargau: Georg Dällenbach
aargau@uniterre.ch 078 645 15 59

Deutschschweiz: Ulrike Minkner
u.minkner@uniterre.ch 032 941 29 34